KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 120 Wilhelmshaven März/April 1994

AUS FÜR ROT/GRÜN!

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE ZUR WAHL - SEITE 4 -

INHALT:

Verbieten wollte die Stadtverwaltung eine Veranstaltung des Kurdischen Vereins zum Kurdischen Neujahrsfest. Hintergründe dazu auf Seite 3

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT

Dem Hass keine Chance

Brauchen wir neue Konzepte in der Sozialarbeit oder fehlt es nur an Geld? Auf Seite 6 stellen wir die Aktivitäten des neuen Leiters des Sozialdienstes der Stadt Wilhelmshaven vor

Wie aus einem Opfer ein Täter wird - Innenminister Glogowski zeigt, wie man's macht - Seite 7 -

Ist die Gewährung der Landesbürgschaft für Jadekost nur ein Schachzug im Wahlkampf? "Keine Mark für Bartels" heißt es auf Seite 7

Um "Kein Kavaliersdelikt" geht es im Gespräch mit der Leiterin des Wilhelmshavener Frauenhauses, Dora Fuhlbohm - Seite 10 -

Welche Gefahren gehen von einer Ölschlammdeponie aus? Diese und andere Fragen stellt der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen auf Seite 13

"Was macht Holger Ansmann jetzt?" und "Hat eine neue Zeit begonnen?" - Zwei Fragen, die auf Seite 14 beantwortet werden

"Jadeport" - ein neues Schlagwort der Wilhelmshavener Hafenlobby - auf Seite 15 geht es um die Auswirkungen dieses Mammutprojektes

NACHRICHTEN

KIRCHLICHE MITARBEITER

in der ÖTV trafen sich am 26.1. nach Jahren der Funkstille in diesem Bereich im Gewerkschaftshaus zu einer Mitgliederversammlung. Was KollegInnen über die Arbeitsbedingungen "bei Kirchens" berichteten, bestärkte die Anwesenden darin, daß regelmäßiger Kontakt, Erfahrungsaustausch und Informationen über Rechte dringend notwendig sind. So gibt es einen Dienststellenleiter, der mit der Begründung, das Bildungsurlaubsgesetz habe keine Gültigkeit im kirchlichen Bereich, Bildungsurlaub verweigert, und in einem anderen kirchlichen Betrieb bekommt die Mitarbeitervertretung oft mehrere Tage nach erfolgter Neueinstellung die Papiere zur Genehmigung der Einstellung auf den Tisch.

Die nächste Mitgliederversammlung wird am 27. April um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfinden. (noa)

PROTEST

gegen Lehrermehrarbeit äußerten etwa 20 Wilhelmshavener Lehrerinnen und Lehrer in Hannover. "Über 4000 Kolleginnen und Kollegen buhen, wenn der Name des Ministerpräsidenten fällt; Solidaritätsadressen werden verlesen, die Nachricht vom Schülerstreik an einer Realschule aufgrund einer Elterninitiative wird mit tosendem Applaus quittiert", berichtet der ROHRSTOCK (die Zeitung des Kreisverbands Wilhelmshaven der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) in seiner März-Ausgabe über die Protestversammlung am 17.2. in der Stadthalle in Hannover. (noa)

DEMO

Am 26. Februar demonstrierten mehrere Angehörige des Infoladens gegen den Verkauf von Nazi-Zeitungen in der Bahnhofsbuchhandlung. Dort liegen rechtsextremistische Blätter wie z.B. die Nationalzeitung des braunen Verlegers Gerhard Frey sowie die Junge Freiheit usw. aus. Kurz vor Ende der etwa einstündigen Aktion, wurde gesagt, die Zeitungen würden aus dem Programm genommen. Eine Nachfrage in der darauffolgenden Woche ergab jedoch, daß diese Blätter weiterhin verkauft werden. Angeblich ist der Besitzer verpflichtet, dem Grossisten diesen braunen Schmutz abzunehmen. Lediglich die Anzahl der zum Verkauf ausliegenden Zeitungen wurde verringert. Es empfiehlt sich, das nächste Mal vielleicht direkt gegen den Grossisten zu demonstrieren und ihn aufzufordern, diese volksverhetzende braune Propaganda aus dem Programm zu nehmen. (ts)

OB MENZEL

ist der Meinung, daß ihn in Wilhelmshaven viele Leute mit Kaiser Wilhelm I. gleichsetzen. Das behauptete er jedenfalls auf einer Veranstaltung in der Perspektive. Daß einige Leute in Wilhelmshaven plötzlich den Vornamen Wilhelm (Wilhelm Babatz, Wilhelm Bergner, Wilhelm Schreiber, Wilhelm Sommer, Wilhelm Leffers, Wilhelm Desenz usw. usf.) haben, ist nichts weiter als eine Verhohnepipelung dieser Personen durch Leute aus dem Umfeld des Arbeitskreises "Wir wollen keinen Kaiser". Aber keine Bange: Sich selbst Napoleon zu nennen wäre viel folgenreicher. (hk)

SSZ: FAHRRÄDER!
26384 Wilhelmshaven
Gökerstr. 93 ☎ 3 10 82
MOUNTAIN BIKES
Tiekkingräder
Stadträder

WILHELMSHAVEN

ist nicht nur die "grüne Erlebnis-Stadt am Meer", sondern auch die "Heimat von Großseglern und Ozeanriesen". Wer's nicht glaubt, kann das schwarz auf weiß in einer Verlautbarung der Freizeit GmbH, veröffentlicht in "Bild der Frau" vom 17.01.94, nachlesen. (hk)

Keine Windeln wickeln können, ♀ aber Scheiße bauen!

(ft) "Frauen untermauern ihre Forderungen", war das Motto des diesjährigen Frauentages am 8. März. Auf dem Leffers-Vorplatz wurde eine symbolische Mauer aus Pappkartons errichtet. Jeder Baustein dieser Mauer erhielt eine Forderung an die Männergesellschaft.

Foto: Tunnat

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000
Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hilde Haake, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck
Erscheinungsweise: mind. 8mal/Jahr
Auflage: 5.000 Ex.
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven, Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Red.-Schluß dieser Ausgabe: 07.03.94
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: Ende April

****

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

TRICKREICH

DIE STADTVERWALTUNG VERSUCHTE, EINE VERANSTALTUNG DES KURDISCHEN VEREINS ZU VERBIETEN

(hk) Mit hanebüchenen Begründungen versuchte das Amt für Schulen und Kultur eine Veranstaltung des Kurdischen Vereins zum kurdischen Neujahrsfest Newroz zu verhindern. Solche Veranstaltungen gab es in den letzten Wochen überall in der Bundesrepublik, unter anderen in Hannover, Leer, Osnabrück, Hamburg und Bremen. Doch in Wilhelmshaven gehen die Uhren nun mal anders.

Mit Datum vom 15. Dezember 1993 beantragte der Kurdische Verein die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten: *"Am Samstag, den 19. März begehen die Kurden das Newroz-Fest, das kurdische Neujahrsfest. Dieses Fest würden wir gerne gemeinsam mit unseren Landsleuten in der Aula der Bremer Schule begehen."* Dieser Antrag schlummerte nun erst einmal für mehrere Wochen in irgendeinem Ablagekorb. Am 27. Januar kam dann die Ablehnung: *"Ihrem Antrag auf Nutzung der Pausenhalle des Schulzentrums Bremer Straße am 19.03.1994 kann ich nicht entsprechen. Begründung: Wie Sie in einem Gespräch am 21.01.1994 uns mitgeteilt haben, werden ca. 500 - 600 Personen zu dieser Veranstaltung erwartet. (...) Die Pausenhalle ist für Feste mit einer erwarteten Besucherzahl von mehr als 300 Personen ungeeignet. Aus Sicherheitsgründen ist daher bereits eine Nutzung nicht möglich."*

Der Kurdische Verein beschloß daraufhin, nur im Raum Wilhelmshaven für die Veranstaltung zu werben, und reduzierte dadurch die erwartete Besucherzahl auf 250 bis 300. Damit stand einer Genehmigung nichts mehr im Wege. Und so hieß es dann auch folgerichtig im nächsten Schreiben der Stadt: Da *"...lediglich mit einer Besucherzahl von 250 Personen gerechnet wird, ist die Begründung meines obigen Ablehnungsschreibens hinfällig."*

Nun wollte der Herr Wilkens vom Amt für Schulen und Kultur aber nicht, daß die Kurden ihr Neujahrsfest feiern. Aus diesem Grunde zauberte er eine neue Begründung hervor: *"Nach dem Erlaß des Niedersächsischen Ministers des Innern vom 15.02.1990 werden bestimmte ausländische Staatsfeiertage, Gedenktage und sonstige Ereignisse von bestimmten Gruppierungen zeitweilig zum Anlaß genommen, um gegen Einrichtungen, Veranstaltungen und Personen dieser Staaten Gewalttaten zu begehen. Hierfür kommt auch der 21. März als Newroz-Kurdisches Neujahrsfest (verschiedene Feiern zwischen Januar und März) in Betracht. Ich bedaure, Ihnen keine andere Mitteilung machen zu können."* In dem Erlaß des Innenministeriums steht natürlich kein Wort davon, daß solche Feiern nicht stattfinden dürfen. In dem Erlaß wird empfohlen *"...auch weiterhin unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten rechtzeitig vor diesen Tagen bzw. Ereignissen zu prüfen, ob und ggf. - welche Schutzmaßnahmen für die entsprechenden Konsulate, anderen amtlichen und halbamtlichen Vertretungen sowie Veranstaltungen - evtl. auch für bestimmte Reisebüros - anzuordnen und - die Betroffenen zu unterrichten sind."* Deutlich wird, daß dieser Erlaß keinerlei Handhabe bietet, das Newroz-Fest in der Schule Bremerstraße zu verbieten.

Über die Motive der Wilhelmshavener Stadtverwaltung läßt sich nur spekulieren, mit Ausländerfreundlichkeit haben sie jedenfalls nichts zu tun - eher mit dem Gegenteil. Erstaunlich auch, daß so richtig kein Verantwortlicher für diese Handlungsweise der Stadtverwaltung zu finden war. Oberstadtdirektor Schreiber war nicht da, sein Vertreter, Stadtdirektor Frank, wußte von nichts, der Oberbürgermeister war nicht unterrichtet. Ob es dann letztendlich, wie gerüchteweise zu vernehmen war, der Herr Milger zu verantworten hatte, bleibt unbeantwortet im Raume stehen. Inzwischen war das Verhalten der Stadtverwaltung öffentlich bekannt geworden, Einzelpersonen und Organisationen intervenierten und der Vorsitzende des Kurdischen Vereins, Mehmet Ates, legte erneut Widerspruch ein. In der zweiten Märzwoche mußte die Stadt dann grünes Licht für die Veranstaltung geben: *"Eine erneute Überprüfung der Sach- und Rechtslage hat die in meinem Ablehnungsschreiben formulierten Bedenken ausgeräumt."*

Auf Grund des Veranstaltungsverbotes durch die Stadt konnte der Kurdische Verein keine Vorbereitungen für das Festes treffen. Darum wird die Veranstaltung nicht am 19., sondern am 26. März stattfinden. Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit den hier lebenden Kurden ein buntes Neujahrsfest mit Tanz, Musik, Sketchen usw. zu feiern. Beginn: 18.00 Uhr in der Pausenhalle der Schule Bremerstraße (Eingang von der Mitscherlichstraße).

Gastkommentar

NEWROZ 1994

Die Kurden sind ein Volk mit einer dreitausendjährigen Geschichte und einer hohen Kultur.

Ende des 1. Weltkriegs wurde Kurdistan mit Hilfe der Westmächte auf vier Staaten verteilt. Seitdem ist das kurdische Volk gezwungen, für seine Einheit, seine Freiheit, seine Kultur und seine demokratischen Rechte zu kämpfen. Seit 70 Jahren wird dieses Streben brutal und blutig unterdrückt. Das entsetzliche Giftgasmassaker im Irak ist eines der jüngsten Beispiele des Terrors gegen das kurdische Volk. Im Nato-Mitgliedsstaat Türkei werden die Rechte der Kurden mit Füßen getreten. In den letzten zwei Jahren wurden 15 kurdische Journalisten ermordet, 900 kurdische Städte und Dörfer wurden von der türkischen Armee zerstört, die Menschen vertrieben.

Hunderttausende flohen vor diesem Terror ins Ausland und versuchen dort, auf die Lage der Kurden aufmerksam zu machen, für ihre Rechte zu kämpfen und ihre Kultur zu erhalten. Da in der kurdischen Heimat jede kulturelle Bestrebung, die Sprache, die Traditionen und selbst die Musik unterdrückt wird, ist der Zusammenschluß der geflüchteten Kurden in Interessenverbänden und Kulturvereinen die einzige Möglichkeit, ihre nationale und kulturelle Identität zu bewahren.

Viel Beifall vom türkischen Staat bekam die Bundesregierung, als sie am 26. November 1993 im Gefolge des PKK-Verbotes auch gleich 35 kurdische Vereine und Kulturzentren verbot. Die Bundesrepublik, die sich durch ihre Waffenlieferungen an die Türkei und andere Staaten dieser Region ohnehin schon an der Vernichtung des kurdischen Volkes schuldig macht, machte damit auch die hier lebende Opposition mundtot und zerstörte das kulturelle und politische Leben der hier lebenden Kurden. Die Aufhebung der Immunität von kurdischen Abgeordneten des türkischen Parlaments, die Verhaftungen zahlreicher Bürgermeister kurdischer Gemeinden und die Änderungen des türkischen Kommunalwahlgesetzes sind Vorboten für eine sich noch weiter verschärfende Situation der Kurden in der Türkei.

Ein türkischer Generalstabschef sprach kürzlich davon, daß das Kurdenproblem im Frühjahr 1994 erledigt sein wird. Darum ist das Newroz-Fest im Jahre 1994 für die kurdische Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Denn Newroz ist ein Fest für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmungsrechte.

Mehmet Ates, 1. Vorsitzender des Kurdischen Vereins Wilhelmshaven

LANDTAGSWAHL 1994

GEDANKEN UND STIMMUNGEN ZUM WAHLAUSGANG

Auf den nächsten beiden Seiten setzen wir uns mit einigen wenigen Aspekten des Ergebnisses der niedersächsischen Landtagswahl 1994 auseinander. Es geht nicht um tiefschürfende Analysen, selbst der Sturz der FDP ins Bodenlose wird nicht erwähnt - eben nur Gedanken und Stimmungen.

Kommentar

DER ABSOLUTE SCHRÖDER

Das war sicherlich kein Traumergebnis für die alternative und linke Bewegung in Niedersachsen: Die SPD erringt die absolute Mehrheit im Niedersächsischen Landtag. Gelang es den Grünen in der vergangenen Legislaturperiode oft noch, die Repräsentanten des rechten SPD-Flügels in Schach zu halten, werden diese ihre denkbar knappe Mehrheit von einer Stimme zur Durchsetzung ihrer Politik einsetzen.

Die Nichtbeteiligung der Grünen an der Regierung hat sowohl positive als auch negative Aspekte. Positiv ist, daß die Grünen in der Opposition sich wieder darauf besinnen können, wo eigentlich ihre Aufgabe in der Politik liegt. Die Krötenschluckerei in der Rot-Grünen Regierung hat ihnen so manchen Kratzer eingebracht, den es gilt in der Opposition zu beseitigen. Negativ an der Oppositionsrolle der Grünen ist, daß damit ein Frühwarndienst für die an der Basis arbeitenden Initiativen (nicht nur aus dem Umweltbereich) wegfällt und die Mitberücksichtigung der Interessen der nicht parteipolitisch organisierten Basisgruppen nur noch schwerlich Eingang in Regierungsentscheidungen finden wird.

Für Wilhelmshaven könnte das Ausscheiden der Grünen aus der Regierung besonders negative Auswirkungen haben, denn hier sind Planungen angelaufen (z.B. Jadeport und Verlegung der Binnenschiffahrtsgrenze), die eine Beteiligung der Grünen an den anstehenden Entscheidungen unbedingt erfordert hätte.

In Wilhelmshaven sticht neben dem großen Sieg des SPD-Kandidaten Adam das weit über dem Landesdurchschnitt stehende Ergebnis der Republikaner ins Auge. In einzelnen Wahlbezirken gaben mehr als 8% der WählerInnen dieser rechtsextremen Partei ihre Stimme. Nur in 9 Wahlkreisen (von Hundert) konnten die Republikaner noch bessere Ergebnisse erreichen. Das sind schlimme Zeichen, die hier in der Jadestadt gesetzt wurden.

Hannes Klöpper

Wilfrid Adam auf der Wahlfete im Pumpwerk. *Foto: Tunnat*

REP AUF VOR- ODER VORBEIMARSCH?

Mit Genugtuung haben Vertreter der Großparteien festgestellt, daß man bei dieser Landtagswahl in Niedersachsen den REPublikanern mit 3,7 % den Einzug in den Landtag verwehren konnte. Doch ist dies nicht das Verdienst der beiden Großen, die im Wahlkampf nicht oder nur zaghaft die politische Auseinandersetzung mit der Rechtspartei suchten. Wenn, dann war es das Verdienst des "klugen Bürgers". Doch täuscht der Durchschnittswert von 3,7%. In einigen Gegenden, Städten und Stadtteilen konnten die REP beachtliche Zugewinne machen. Im Stadtteil Hannover-Nordwest erhielten sie 7,8 Prozent, wie überhaupt rund um die Landeshauptstadt ein REP-Nest zu sein scheint, denn in allen diesen Wahlkreisen bekamen sie über 5 Prozent.

Auffällig ist weiterhin, daß in den Wahlkreisen, in denen die CDU die Direktmandate gewann, der Anteil der REP meist unter 3 Prozent blieb. In Wilhelmshaven konnten sich die Rechten von der Landtagswahl 1990 zu 1994 bei den Zweitstimmen von 481 auf 1536 verdreifachen (ein Vergleich der Erststimmen ist nicht möglich, da es 1990 keinen Direktkandidaten der REP gab). Im Stadtnorden (Anteil an Wahlkreis 99) stieg die Zahl von 265 auf 665.

Erwin Fiege

Kommentar

Mit 5,21 Prozent für die REPs, 0,1 Prozent für die NPD und 0,1 Prozent für die mit Lyndon LaRouche verbundene Partei der bibeltreuen Christen liegen die Rechten in Wilhelmshaven deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Wenn es auch erfreulich ist, daß die rechtsextremen Republikaner den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben, so muß es doch bedenklich stimmen, daß die Neofaschisten in unserer Stadt ein so hohes Ergebnis erzielen konnten.

Ein Grund für diesen im Vergleich zu den 3,7 Prozent auf Landesebene recht hohen Erfolg der braunen Rattenfänger ist mit Sicherheit die hohe Arbeitslosigkeit in Wilhelmshaven. Aber auch bei der Partei der Nichtwähler dürfen sich die Rechten für dieses Wahlergebnis bedanken. Darauf wies insbesondere auch Wilfrid Adam bei der Wahlparty im Pumpwerk hin. Wie er waren auch die Vertreter der anderen Parteien betroffen über das gute Abschneiden der Faschisten.

Dieses Ergebnis mit der sicherlich recht hohen Zahl der Protestwähler zu begründen, verharmlost den Erfolg der Rechtsextremen. Mit der Bezeichnung "Protestwähler" werden Leute entschuldigt, die aus Unzufriedenheit mit den "großen" Parteien ihre Stimme einer Partei geben, die mit ausländerfeindlichen und neofaschistischen Parolen wirbt. Ein solcher Protest kann doch nur bedeuten, daß diese Wähler sich die Übernahme zumindest eines Teiles der rechtsextremen Parolen durch die Altparteien wünschen und somit einen gewissen Rechtsruck in der deutschen Politik, womit sie in der Vergangenheit ja auch teilweise Erfolg hatten (u. a. §16 Grundgesetz - Grundrecht auf Asyl).

Niemand kann behaupten, nichts von den wahren Absichten der Rechten gewußt zu haben. Wie menschenverachtend die REPs denken, zeigt sich in der Unterteilung der Ausländer in gute Gastarbeiter, die schon seit Jahren hier leben und arbeiten, und parasitäre Scheinasylanten, die angeblich nur nach Deutschland kommen, um hier abzukassieren.

Wer einerseits Skinheads als nützliche Idioten sieht und bei Veranstaltungen als Saalordner beschäftigt, sich andererseits aber bei Bedarf von diesen primitiven Schlägern distanziert und im Wahlkampf vorgibt, härter gegen rechte Gewalttäter vorgehen zu wollen, muß die Wähler für ausgesprochen naiv halten.

Solchen Leuten darf man nicht auf den braunen Leim gehen, auch nicht aus Protest.

Thomas Sobel

MEHRHEITSBESCHAFFER

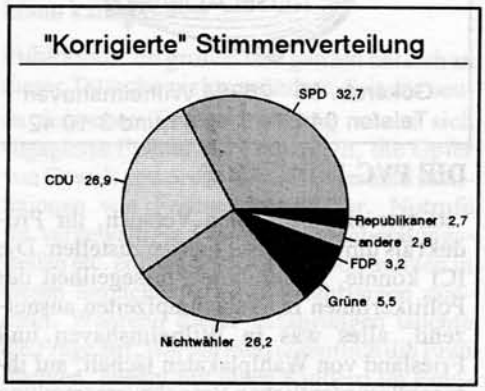
NICHTWÄHLER - DIE DRITTSTÄRKSTE PARTEI IN NIEDERSACHSEN

(noa) Niedersachsen hat gewählt - ein Teil Niedersachsens jedenfalls. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl im Jahr 1990 ist der Anteil der Wahlberechtigten, die keine Stimme abgegeben haben, allerdings weiter gestiegen.

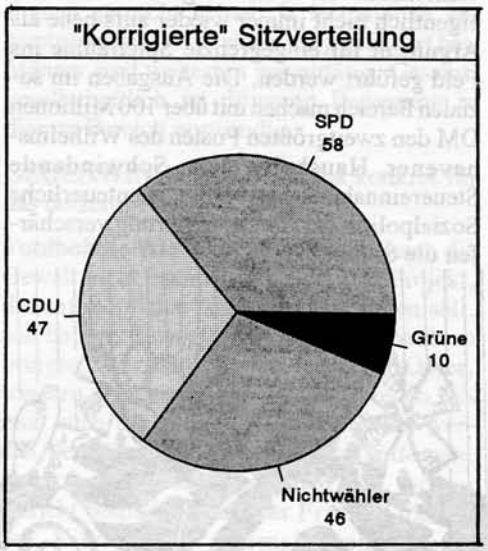
Die SPD hat im neuen Landtag die absolute Mehrheit der Sitze errungen. Sie hat gegenüber 1990 ihren Stimmenanteil um 0,1 Prozentpunkte (von 44,2 auf 44,3 % der abgegebenen Stimmen) erhöhen können. Wilfrid Adam hat auf der Wahlparty am Sonntagabend gesagt: "Wer nicht wählt, unterstützt die Rechten." Unsere Berechnungen ergeben allerdings: Wer nicht gewählt hat, hat der SPD zur Alleinregierung verholfen.

Zögen die Nichtwähler ins Parlament ein, so wären sie die drittstärkste Partei. So sind die Stimmen am vergangenen Sonntag verteilt gewesen :

Aufgrund der Überhang- und Ausgleichsmandate werden dem neuen Landtag 161 Abgeordnete angehören. Wenn wir diese 161 Sitze ohne Berücksichtigung der 5 %-Klausel an alle Parteien - einschließlich der der Nichtwähler - verteilen, ergibt sich folgendes Bild:



Die 161 Sitze im neuen Landtag würden sich dann wie folgt verteilen:

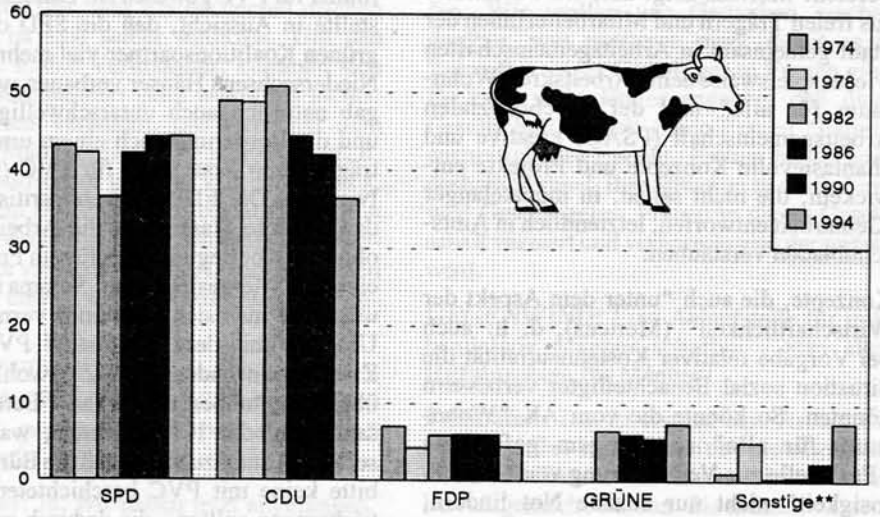


WER SIND DIE NICHTWÄHLER?

Die "Partei der Nichtwähler" ist natürlich keine homogene Gruppe. Dazu gehören neben vielen, die sich für Politik nicht interessieren und nichts davon wissen, auch solche, die zwar politisch interessiert sind, aber in keiner der Parteien ihre "politische Heimat" finden. Bei jeder Wahl verweigern sich auch Leute, die sonst immer gewählt haben, die aber aufgrund von politischen Entscheidungen der vergangenen Legislaturperiode "die Nase voll haben".

Landtagswahlen Niedersachsen 1974-1994

Stimmenanteile in %



Gegenwind Nr. 120

** ab 1994 aufgesplittet: REP 3, STATTPartei 2, DVU 1,5 (hat inzwischen verzichtet), Sonstige 1%

STIMMEN AUF DER WAHLFETE IM PUMPWERK:

Dr. v. Teichmann (FDP) zum schlechten Abschneiden seiner Partei:

"Es ist uns nicht gelungen, unsere Themen richtig rüberzubringen. Wir werden uns beim nächsten Mal besser verkaufen müssen. Wir sind eine kleine Partei, die nicht die finanziellen Mitteln hat, wie die anderen. Das sieht man an den Wahlanzeigen und an den Wahlplakaten."

Oberbürgermeister Menzel zum Ergebnis der Reps:

"Wir alle hier in Wilhelmshaven, und damit meine ich alle demokratischen Parteien, haben uns mit dem Ergebnis dieser Rechtsaußenpartei auseinanderzusetzen."

Wilfrid Adam zum gleichen Thema:

"In Wilhelmshaven lag die Wahlbeteiligung weit unter 70%. Ich sage: Alle Wilhelmshavener, die nicht zur Wahl gegangen sind, haben Rechts gewählt. 5% Reps in Wilhelmshaven - Nie wieder!"

Marianne Fröhling zu den Reps:

"Ich weiß gar nicht, welche Leute solche Leute wählen."

Wilfrid Adam zum Geheimnis seines Erfolges:

"Es zahlt sich aus, wenn man als Politiker nicht nur 4 Wochen vor der Wahl präsent ist, sondern permanent im Wahlkreis arbeitet. Und das ist meine Arbeit. Ich bin einer von uns allen und keiner von denen, die da ganz oben fliegen."

Marianne Fröhling (Grüne) zum Wahlergebnis:

"Die Grünen sind in dieser Landtagswahl die absoluten Gewinner - und darüber freue ich mich. Ich gratuliere meinem Mitkämpfer Wilfrid Adam zu seinem sehr guten Wahlergebnis. Er hat's verdient. Er hat's wirklich verdient."

Marianne Fröhlings Patentrezept:

"Ich wünsche mir, daß man endlich einmal dazu überkommt, daß man überparteilich was macht für alle Wählerinnen und Wähler dieser Stadt. Daß wir nicht sagen, wir sind CDU, wir sind SPD, wir sind Grüne oder FDP, sondern daß wir sagen "Wir sind ein Volk"

Focke Hofmann (Statt-Partei):

war nicht auf der Pumpwerk-Fete, sondern in seinem Büro in der Stadthalle: Wir sind auf unser persönliches Wahlergebnis stolz."

KAMPF GEGEN WINDMÜHLEN

SOZIALARBEIT IN WILHELMSHAVEN - FEHLT WIRKLICH NUR DAS GELD?

(ub) Unter dem Motto: "Brauchen wir neue Konzepte in der Sozialarbeit und Familienhilfe?", hatte die Frauenliste zu einer Veranstaltung geladen. Als Referent erschien der neue Leiter des Sozialdienstes der Stadt Wilhelmshaven, Mertens.

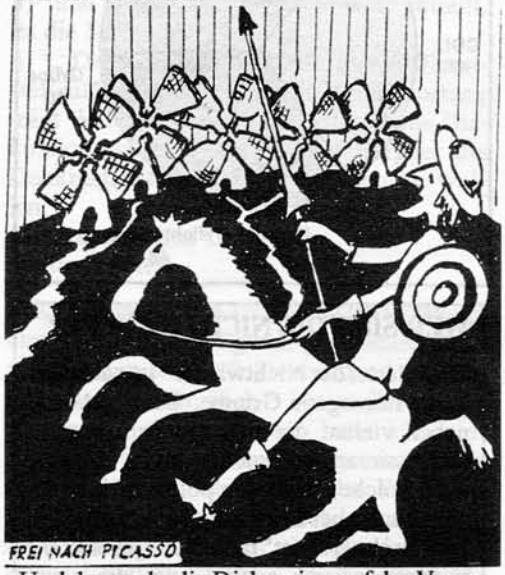
Die Verwaltung der Stadt hat einen hyperaktiven Mitarbeiter. In allen Abteilungen taucht er auf. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten scheint jedoch im Amt für Soziales und Jugend gelagert zu sein. Liest man das amtliche Fernsprechverzeichnis der Stadtverwaltung, so taucht er (oder sie?) in dieser städtischen Abteilung rund ein Dutzend mal auf. Sein Name ist N.N. Aber Scherz beiseite, N.N. steht für nomen nescio - zu deutsch "den Namen weiß ich nicht". Eine besonders in Wilhelmshaven gängige Bezeichnung dafür, daß eine Personalstelle zur Zeit unbesetzt ist.

Die ,Rotstiftpolitik der Verwaltung ist ein wesentlicher Grund für die Nichtbesetzung von Planstellen. Dafür daß der Sozialdienst der Stadt Wilhelmshaven über Jahre ohne Abteilungsleiter arbeiten mußte, dürften interne Querelen mitverantwortlich sein. Sei's drum, der neue Leiter ist seit Dezember 93 in Amt und Würden. Man hat sich jemanden von außerhalb geholt. Ob jetzt endlich neue Konzepte in der Sozialarbeit umgesetzt werden können, wollte die Frauenliste wissen, und lud den neuen Leiter Mertens zu einer öffentlichen Veranstaltung in das Theatercafè "Kulisse" ein.

Daß so jemand aus der Verwaltung gleich zu Beginn seiner Tätigkeit seine Vorstellungen und Ziele öffentlich präsentiert, ist ungewöhnlich in dieser Stadt, wohl auch unheimlich für einige Dienstherren, denn die Genehmigung, daß Mertens als Referent auf einer Parteiveranstaltung auftreten darf, war zunächst verweigert worden. So war dann auch das öffentliche Interesse, besonders von seiten der in dieser Stadt arbeitenden sozialen Fachkräfte - städtische Bedienstete und MitarbeiterInnen freier Träger - an dieser Veranstaltung groß.

Für einige von ihnen ist Mertens kein Unbekannter. Quasi seit Dienstsantritt "tingelt" er durch die sozialen Einrichtungen dieser Stadt, um sich vor Ort ein Bild zu machen über die örtlichen sozialen Problemlagen. Mertens hebt auf der Veranstaltung der Frauenliste zwei Problembereiche besonders hervor: - Die stationäre Unterbringung von Kindern und Jugendlichen verschlingt enorm hohe Summen. Es fehlen jedoch alternative Betreuuungsangebote, wie beispielsweise mobile Betreuung oder betreutes Einzelwohnen. - Die Obdachlosigkeit in dieser Stadt nimmt zu. Es fehlen Handlungmöglichkeiten, wohnungslose Menschen adäquat unterzubringen, aber auch und vor allem wirksame Mechanismen, Obdachlosigkeit im Vorfeld zu verhindern.

Daß die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Wilhelmshaven äußerst begrenzt sind, muß eigentlich nicht immer wieder aufs neue als Argument für eingegrenzte Spielräume ins Feld geführt werden. Die Ausgaben im sozialen Bereich machen mit über 100 Millionen DM den zweitgrößten Posten des Wilhelmshavener Haushalts aus. Schwindende Steuereinnahnen sowie die abenteuerliche Sozialpolitik der Bundesregierung verschärfen die Situation.



Und dennoch, die Diskussion auf der Veranstaltung der Frauenliste kreist immer wieder um die Frage, ob nicht auch der politische Wille zur Veränderung fehlt. "Es gibt genügend Ideen und Konzepte in dieser Stadt" so Mertens, in der Sozialarbeit den Mangel nicht nur zu verwalten. VertreterInnen von den unterschiedlichsten sozialen Trägern zerbrechen sich den Kopf über Verbesserungmöglichkeiten im psychosozialen Bereich. Mertens zeigt auf, wo Fachkräfte aus freien Trägern und MitarbeiterInnen der Stadt gemeinsam in Arbeitsgemeinschaften wie beispielsweise dem "Arbeitskreis Wohnraum für alle" und der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) kreative und phantasievolle Konzepte und Projekte entwickeln, die nicht selten, in monatelanger Kleinarbeit entworfen, letztendlich in Amtsschubladen verstauben.

Konzepte, die auch "unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit" (Mertens), d. h. auch bei Vorgabe relativer Kostenneutralität die Situation sozial Benachteiligter verbessern könnten. So könnte die vom AK "Wohnraum für alle" seit langem geforderte "Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit" nicht nur soziale Not lindern, sondern eben auch Folgekosten, die zwangsläufig bei der Unterbringung von Wohnungslosen entstehen, vermeiden.

Wo genau diese Projekte, Konzepte und Ideen im Treibsand der Bürokratie versinken, vermag Mertens noch nicht einzuschätzen, er macht jedoch deutlich, daß er nicht gewillt ist, "gegen Windmühlen zu kämpfen" und sich auf dem langen Marsch durch die Gänge der Verwaltung "verheizen zu lassen." (Mertens)

Monika Schwarz von der Frauenliste, eine Insiderin in Sachen Sozialpolitik, glaubt die Ursachen zu kennen und wird deutlicher: "Soziale Ignoranten bestimmen die Politik in Wilhelmshaven. Auch in den wenigen fetten Jahren, in denen die Stadt relativ komfortable Steuereinnahmen vorweisen konnte, hat Jugend- und Sozialarbeit in Wilhelmshaven keine Lobby gehabt. In diesen Jahren wurde versäumt, eine entsprechende soziale Infrastruktur zu schaffen". Wem es "so dreckig geht", daß er auf soziale Hilfe angewiesen ist, "hat nach Meinung vieler politischer Vertreter dieser Stadt selbst schuld, er hat seine Chancen nicht genutzt." Monika Schwarz: "Diese Stammtischparolen sind in gewissen politischen Kreisen ebenso häufig wie an Biertischen zu hören."

ZEPPELIN
DER REISELADEN
Gökerstr. 90 26384 Wilhelmshaven
Telefon 04421/ 3 10 41 und 3 10 42

DIE PVC-INDUSTRIE

startete einen erneuten Versuch, ihr Produkt als umweltverträglich darzustellen. Die ICI konnte, die erhöhte Pressegeilheit der PolitikerInnen in Wahlkampfzeiten ausnutzend, alles was in Wilhelmshaven und Friesland von Wahlplakaten lächelt, auf ihrer außerordentlichen Betriebsversammlung begrüßen. Einzig die Grünen waren der Einladung zu dieser Lobbyisten-Veranstaltung nicht gefolgt. So war man dann unter sich. Die CDU stellte fest, daß sie schon immer für PVC gewesen ist, Landrat Theilen stellte in Aussicht, daß die SPD ohne den grünen Koalitionspartner viel mehr PVC in Niedersachsens Häuser verbauen würde. Es gab natürlich auch unterschwellige Kritik und die Forderung nach einem umweltverträglicheren Ersatzstoff für PVC (Gabriele Iwersen). Der FDP-Vertreter kritisierte gar das ständige Starren auf die Arbeitsplätze, ohne die Überlegung, was für ein Produkt da eigentlich hergestellt wird. Summa summarum setzte man sich für "einen vernünftigen Umgang mit dem Kunststoff PVC" ein. Zwei Tage nachdem die WZ so wohlwollend über die "außerordentliche" Betriebsversammlung der ICI berichtete, war in der selben Zeitung zu lesen, daß die Bürger doch bitte keine mit PVC beschichteten Hölzer verbrennen sollten - die dadurch entstehenden Dioxine vergrößern die Krebshäufigkeit. Dumm gelaufen. (hk)

SELBER SCHULD!

TROTZ ROT-GRÜN: DER STAATSSCHUTZ ARBEITET NOCH IMMER WIE ZU NOSKES ZEITEN

(hk) Der Feind steht links - Das ist kein Zitat aus einem Flugblatt der Reps, sondern auch heute noch Politik zur Macht gekommener Sozialdemokraten. Zwar läßt der sozialdemokratische Innenminister des Landes Niedersachsen, Glogowski, nicht, wie sein unrühmlicher Parteigenosse, der Reichswehrminister Gustav Noske, auf Arbeiter schießen, doch sein Verständnis von "Gut und Böse" ähnelt der Politik des Herrn Noske.

Es ist bekannt, daß die Neo-Nazis einen Steckbrief mit Foto, Namen, Adresse, Telefonnummer des DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Klöpper bundesweit verbreiteten, und daß sein Name auf der sogenannten "Abschußliste" des Neo-Faschistenblattes "Einblick" erschien. Der Nazi-Terror, dem Manfred Klöpper und seine Familie danach ausgesetzt waren, führte zu einer breiten Solidaritätsbewegung mit dem auch weiterhin öffentlich als Antifaschist auftretenen DGB-Kreisvorsitzenden, in deren Folge Niedersachsens Innenminister Glogowski den Deutschen Kameradschaftsbund des Thorsten de Vries öffentlichkeitswirksam verbieten ließ.

Getreu der Parole der Sozialdemokraten aus der Weimarer Republik, daß der Antifaschismus den Faschismus erst ermöglichte, wird bei Glogowski das Opfer zum Täter. Seine Zuträger aus den Reihen der politischen Polizei (K7) und des Landesamtes für Verfassungsschutz ließen ihn und sein Ministerium zu der Erkenntnis gelangen, daß, da "Klöpper mit den Leuten zusammenarbeitet, die unser Staatsschutz beobachtet" und er ja "Fotos und Namen von Faschisten veröffentlicht hat", er sich auch nicht wundern muß, "daß die Nazis das auch so machen" (Zitate aus dem Innenministerium).

Im Innenministerium (und wohl auch bei der örtlichen Polizei) existiert, nach Informationen, die dem GEGENWIND vorliegen, eine Akte über Manfred Klöpper, in der interne Papiere aus irgendwelchen antifaschistischen Arbeitskreisen neben Fotos von Faschisten, Presseerklärungen des DGB und Flugblättern des Aktionsbündnisses gegen den Aufmarsch der Neonazis am 23. Mai 1992, willkürlich zusammengetragen wurden.

Schon allein die Existenz einer solchen Akte ist ein Skandal, die Zusammenstellung, dieses Sammelsurium von irgendwie ergatterten Papieren und die Zuordnung dieser Papiere zur Person Manfred Klöpper, zeugt von der Unfähigkeit nicht nur der Zuträger sondern auch von Innenminister Glogowski, den Antifaschismus als einen Lebensnerv für die Demokratie zu sehen.

Normalerweise könnte man über die Sammelwut und Unfähigkeit der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes lachen, wenn damit nicht auch die Möglichkeit der Vernichtung von Existenzen verbunden wäre. Es ist heute immer noch ein Unterschied, ob irgendwelche NeoNazi-Gruppen behaupten, daß sie nur das tun, was die Antifaschisten schon seit langem tun, oder ob ein Innenminister das für bare Münze nimmt, was seine Zuträger vor Ort ihm servieren und er oder seine Beamten damit Politik machen.

BEDINGUNGSLOS

LANDESBÜRGSCHAFT FÜR JADEKOST - GEWERKSCHAFT ZEIGT JADEKOST AN

(hk) Eine 35 Millionen-Landesbürgschaft soll dem Eigner von Nordfrost und Jadekost, Horst Bartels, aus seinen Schwierigkeiten helfen. Der Beschluß des Kabinetts Schröder steht und wurde während der Kabinettssitzung auf der Burg Kniphausen bekanntgegeben.

Die Gewährung dieser Landesbürgschaft ist nach unseren Informationen an keine besonderen Bedingungen gebunden. Das Land bürgt mit unseren Steuergeldern und Horst Bartels kann weiterbauen. Dabei wäre diese Bürgschaft die Gelegenheit gewesen, dem Herrn Bartels ein wenig auf die Finger zu klopfen, denn in Bartels Betrieben geht es zu wie in frühkapitalistischen Manufakturen.

Offiziell heißt es, daß bei JadeKost 42,5 Stunden pro Woche gearbeitet werden. Doch eine solche Woche bei Bartels kann auch schon mal 72 Stunden haben. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG) hat jetzt eine Anzeige gegen Bartels bei der Gewerbeaufsicht erstattet. Der NGG liegen Belege vor, daß bei Jadekost der 12-Stunden-Arbeitstag wieder eingeführt wurde. JadeKost arbeitet in zwei Schichten rund um die Uhr - pro Schicht 12 Stunden und das an 6 Tage in der Woche.

Das Lohnniveau ist so niedrig, daß keine Familie von diesem Lohn existieren könnte, es hat mehr den Charakter des sogenannten "zweiten Arbeitsmarktes". Wer bei Bartels arbeitet, hat mit Sicherheit Anrecht auf Wohngeld. So läßt diese Firma einen Teil der Löhne eben über das Sozialamt abrechnen. Gewerkschaftliche Aktivitäten sind dem Herrn Bartels ein Dorn im Auge, sollte jemand versuchen einen Betriebsrat zu installieren, dürften dessen Tage im Betrieb gezählt sein.

> "Dabei wurde hier doch nur die uns alle schon lange brennend interessierende Frage beantwortet, wo Bartels den Most holt: im Mittelalter natürlich"
>
> Zitat aus "Klüngel, Filz & Korruption" von Günter Handlögten und Henning Venske, den "Dreckiger Sumpf"-Autoren.

Sozialdemokratische Politik im Interesse der Arbeitnehmer wäre es gewesen, wenn die niedersächsische Landesregierung die Gewährung der Bürgschaft davon abhängig gemacht hätte, daß bei JadeKost das 20. Jahrhundert Einlaß findet. Der Betriebsrat eines ähnlichen Betriebes, gerade 30 Kilometer Luftlinie von JadeKost entfernt, schimpfte gegenüber dem GEGENWIND: "Die Betriebe, die zu vernünftigen Bedingungen arbeiten, werden doch bestraft. Und der Bartels wird für seine Arbeitsbedingungen auch noch von der Landesregierung belohnt."

Ob der Bürgschaftsbeschluß des Schröder-Kabinetts allerdings viel länger als bis zur Landtagswahl Bestand haben wird, ist zumindest mit einigen Fragezeichen zu versehen, denn die Gewährung dieser Bürgschaft für Bartels steht auf tönernen Füßen. Nach der Landtagswahl muß der (jetzige) Haushaltsausschuß den Kabinettbeschluß noch absegnen. Und hier gibt es starke Bedenken. Finanzminister Swieter stimmte bereits im Kabinett dagegen. Immer deutlicher zeichnet sich auch ab, daß die 35 Millionen-Bürgschaft nur die erste Rate der von Bartels benötigten Summe darstellt. In informierten Kreisen kursiert die Zahl 100 Millionen, und die Zahl der mitbestimmenden Leute die "Keine Mark für Bartels" sagen, ist eher im Ansteigen begriffen. So ist der Konkurs des Ansiedlungswunders Bartels wahrscheinlicher, als eine Rettung des Betriebes durch Landesbürgschaften.

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.

Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen.

Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung

Hiermit trete ich dem GEGENWIND Förderkreis für politische Bildung bei:

Name:

Geburtsdatum:

Straße:

Wohnort:

Telefon:

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Monatsbeitrag von DM ..... (mind. 5,- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto

Kontonr.:

Geldinstitut:

Bankleitzahl:

zugunsten des GEGENWIND-Kontos Nr. 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63, abgebucht wird.
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen.
[] Ich möchte den GEGENWIND regelmäßig zugestellt bekommen.

....., den .....
Ort Datum

Unterschrift:
(bei Minderjährigen Einverständnis eines/einer Erziehungsberechtigten erforderlich).

Kulturzentrum pumpwerk

MI, 16.03 19.00 Uhr	Treff nach Sieben - Disco für Behinderte, Freunde und Leute ohne Vorurteile
FR, 18.03. 21.00 Uhr	Lydie Auvrey und Band Akkordeon-Musik vom Feinsten.
SA, 19.03. 20.30 Uhr	Ten Sing in Concert "Money for nothing"
SO, 20.03. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit den Smashing Picadillys
2. KINDERFILMWOCHE	
MO, 21.03.	Peter Pan - USA 1953
DI, 22.03.	Das Dschungelbuch
MI, 23.03.	Ferngully - USA 1992
DO, 24.03.	Die Schöne und das Biest
	jeweils 11.00 und 15.00 Uhr
MO, 21.03. DI, 22.03.	Mirad, ein Junge aus Bosnien "Les vivants et les morts de Sarajevo"
MI, 23.03.	"Disappearing world: we are all neighbours"
Krieg in Bosnien. An drei Tagen setzt sich das Pumpwerk und das JungeTheater der Landesbühne in Theater-, Film- und Gesprächsveranstaltun gen mit der gegenwärtigen Situation in Bosnien auseinander.	
FR. 25.03. 21.00 Uhr	The Jeremy Days CD: Re-Invent Yourself
SA. 26.03. 20.00 Uhr	Jugend sieht die eine Welt Vorstellung der Ergebnisse des Malwettbewerbs
SO, 27.03. 11.00 Uhr	Frühschoppen mit Big Joe Stolle Bluesband
SO, 27.03. 20.00 Uhr	Holger Paetz "Normalblöde Geschichten"
Vorschau auf April /Mai 1994	
SA, 09.04.	The Color Red "CD Premiere"
DI, 12.04.	Nickelodeon "Great Lover s in Hi story!" Pumpwerk vor Ort in der Stadthalle WHV
SA, 16.04.	Rumbalea-Flamenco Pop
MI, 20.04.	Neues Musical der IGS
DO, 21.04.	Neues Musical der IGS
SA, 23.04.	Komm mit Mann´s
FR, 29.04.	Motion, Frisell, Lovano-Jazz
SO, 09.05.	Heinz Rudolf Kunze: Macht Musik Tour ´94,

Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke, 26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421-43877

TRIANGEL second-hand-shop

An- und Verkauf von Schallplatten und CD's Hifi-Komponenten, Literatur + Comics u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

Perspektive

Unabhängiges Kulturzentrum WHV - Schellingstr. 21
Programm März/April 94

DO, 17.03. 20.00 Uhr	DIA-Vortrag "Agypten" mit Benno Raber
FR, 18.03. 20.30 Uhr	Ballroom-Jazz mit den SEAPORT-STOMPERS
SA, 19.03. 14.00 Uhr	Flohmarkt "Kunst und Kitsch"
SO, 20.03. 16.00 Uhr	KINDER-NACHMITTAG Wir erstellen eine Collage 2. Teil
FR, 25.03. 20.00 Uhr	Jahreshauptversammlung
SA, 26.03. 20.00 Uhr	JAZZ - "Trio trennt die Wände"
SO, 27.03. 16.00 Uhr	KINDER-NACHMITTAG Film "Das große Abenteuer"
SO, 03.04. 20.00 Uhr	Ausstellungseröffnung mit Bildern und Skulpturen von Liebig, Schultz und Wolthoff
DO, 07.04. 20.30 Uhr	Klavierabend mit Tomislav Baynov
FR, 08.04. 20.30 Uhr	Piano und Gesang mit Markus Gärtner
SO, 10.04 16.00 Uhr	Tauschbörse für Bücher und Tonträger
DO, 14.04. 20.00 Uhr	DIA-Vortrag "Indien" -Teil 1- m. Peter Löffler
FR, 15.04. 20.00 Uhr	Stadtteil-Abend Heppens
SA, 16.04. 16.00 Uhr	Weinprobe mit Frank Adolph
DI, 19.04. 20.00 Uhr	English-Club-Meeting
SA. 23.04. 20.30 Uhr	Literarisch-musikalische Postkutschenfahrt
DO, 28.04. 20.00 Uhr	DIA-Vortrag "Indien" -Teil 2- m. Peter Löffler
SA, 30.04. 12.00 Uhr	PERSPEKTIVE vor Ort: Kindertagesstätte "Drachennest" Arbeitsplatzinitiative für Frauen e.V. Mühlenweg 67

Öffnungszeiten und Ausstellungsbesichtigung im YELLOW POINT und in der GALERIE:
Montag und Dienstag 11-13 Uhr
Mittwoch bis Sonntag ab 19 Uhr
jd. Mittwoch um 19.30 Uhr öffentliche Sitzung des Planungsteams im YELLOW POINT

winkler TV
TV • Video • HiFi
ist unsere Sache
Beratung Verkauf Reparatur
Stortebekerstraße 3 ☎ 3 27 28
Edo-Wiemken-Straße 8 ☎ 3 73 08
P rund ums Haus

DIE LANDESBÜHNE

APRIL 94

PREMIEREN:

HOMO CONSUMENS Jugendclub/ Musikgruppe "Schwarze Zeiten". FR, 8.4. 20 Uhr, Junges Theater. Weitere Aufführungen: MI, 13.4., FR, 15.4., SA, 16.4., SO, 17.4., jeweils 20 Uhr.

YVONNE, DIE BURGUNDERPRINZESSIN von Witold Gombrowicz. SA, 9.4., 20 Uhr, Stadttheater. Weitere Aufführungen: SA, 16.4., MI, 20.4., jeweils 20 Uhr. Matinée: SO, 17.4., im Foyer des Stadttheaters.

DER STREIT von Pierre Carlet de Marivaux. SA, 23.4., 20 Uhr, Stadttheater. Weitere Aufführungen: MO, 25.4., 20 Uhr.

NATHAN DER WEISE von Gotthold Ephraim Lessing. Sa, 19.3., 20.00 Uhr, Stadttheater. Weitere Aufführungen: So. 20.3., 15.30 Uhr, Mi. 23.3., 20.00 Uhr und Di. 29.3., 20.00 Uhr, Stadttheater.

FERDINAND - EIN STIER. Erzähltheater von Gerd Knappe. SO, 17.4., 15 Uhr, Junges Theater.

DIE WIESE. Texte, Präsentation - Performance. SO, 10.4., Junges Theater, Rheinstr. 91.

WIR HABEN DEN KANAL VOLL Ein außergewöhnliches TV-Programm. Altentheatergruppe "Die Wellenbrecher". SO, 24.4., 15 + 20 Uhr, Junges Theater.

Ausstellungseröffnung **Milan Radanovic, Wolf Dietrich.** SO, 24.4., 11 Uhr, Stadttheater. Anschließend **Das Puppenlabor** - ein experimentelles Puppenspiel.

Stadttheater, WHV, Virchowstr. 44, Tel. 04421-43091 u. 44237. Kartenvorverkauf Mo-Fr 10-13 Uhr, Mo-Do 15-17 Uhr, Zimmer 9, Frau Thies. Junges Theater, WHV, Rheinstr. 91. Kartenvorverkauf Frau Thies, Tel. 43989.

Täglich ab 8.30 Uhr
· SNACKS
· BUFFET
· CAFÉ
· BAR
Telefon 4 19 96
Virchow-32

Kunsthalle Wilhelmshaven

"30 Jahre Werkstatt Rixdorfer Drucke"

10.03.94 - 17.04.94

Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der "Werkstatt Rixdorfer Drucke" zeigen die Kunsthalle Wilhelmshaven und die Galerie M zeitgleich einen Rückblick auf die gemeinsame Arbeit der vier Grafiker dieser in jeder Hinsicht außergewöhnlichen Druckwerkstatt.

GALERIE M

Ausstellungen:

"30 Jahre Werkstatt Rixdorfer Drucke"
10. März - 17. April 1994
Rainer Weingärtner
Grafiker und Objektemacher
23. April - 25. Mai 1994
Eröffnung: 23. April - 16 Uhr
der Burg Kniphausen 1438-1993"
bis 25. Februar 94

Konzert:
Martin Lersch
Konzert für neue Musik
18. Mai 1994 - 20 Uhr

Galerie M, WHV, Kanalstr. 43, Eingang Weserstr. gegenüber Einmündung Allerstr., Tel. 04421-454104. Öffnungszeiten: Mittwoch 16-20 Uhr, Freitag 17-19 Uhr, Samstag und Sonntag 15-17 Uhr.

KULTUR · KOMMUNIKATION
HOTEL KLANG KLANG
WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße
****
Freitag und Samstag
21.00 bis 3.00 Uhr:
MusicHall
bis jeweils 24.00 Uhr
Tequila-Party - diverse Sorten
DM 2.-
Jeden Samstag 15.00 Uhr:
Fußball auf Großbild
(2 X 2 Meter)
****
HOTEL KLANG KLANG
WHV Zentrum
Börsenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße
MUSIK FÜR DICH
Täglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)
FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:
Tasse 1,— DM

YVONNE, DIE BURGUNDERPRINZESSIN

Der Königshof von Burgund geht spazieren und trifft auf Yvonne. Yvonne ist anders - sie ist träge, sie ist häßlich, und sie spricht nicht; mit einem Wort: Sie ist peinlich. Niemand weiß mit ihr umzugehen, und so beschließt der Prinz, sie zu heiraten - in einer momentanen Rebellion. Um einen Skandal zu verhindern und im festen Glauben an das Vorüberziehen dieser Laune macht das Königspaar gute Miene zum bösen Spiel und nimmt Yvonne in die Familie auf.

Aber in der höfischen Gesellschaft des Schlosses entfesselt sie gefährliche Prozesse; jeder findet in ihr die Spiegelungen der eigenen Unvollkommenheiten und die der anderen. Absurde Verdächtigungen kommen auf. Dummheit und Unsinn greifen um sich.

Erste Versuche, Yvonne zu töten, scheitern. Die Kraft des Einzelnen reicht für die Tat nicht aus - es ist zu absurd, und die Konventionen sprechen dagegen. Erst als der Hof beschließt, den Mord gemeinsam zu organisieren und dabei Eleganz und Überlegenheit zu bewahren, gelingt das Unternehmen.

Witold Gombriwicz (1904-1969) gehört zu den bedeutendsten polnischen Schriftstellern des 20. Jahrhunderts. Yvonne, die Burgunderprinzessin erschien zuerst 1935 in einer Warschauer Literaturzeitschrift und wurde 1957 in Krakau uraufgeführt.

Premiere im Stadttheater Wilhelmshaven am Samstag, 9.4.94, um 20 Uhr.

ÜBER DAS NEUE

Niedersächsische Naturschutzgesetz referiert die Doktorandin der Rechtswissenschaft, Sabine Schlacke, auf der Jahreshauptversammlung der BUND Kreisgruppe Wilhelmshaven/Friesland am 12. April um 19.00 Uhr im Regionalen Umweltzentrum (RUZ), Schortens, Klosterpark. Der BUND hofft, daß neben einer regen Beteiligung der Mitglieder auch viele Gäste den Weg zum Klosterpark finden. (hk)

KEIN KAVALIERSDELIKT

EIN GESPRÄCH MIT DER LEITERIN DES WILHELMSHAVENER FRAUENHAUSES ÜBER GEWALT GEGEN FRAUEN

(ub) Dreizehn Jahre lang hat Dora Fuhlbohm das Wilhelmshavener Frauenschutzhaus geleitet. Im April d. J. wechselt sie auf die Stelle der Frauenbeauftragten in der Gemeinde Schortens. Der GEGENWIND sprach mit ihr über ihre bisherige Arbeit, über Gewalt gegen Frauen und über notwendige gesellschaftliche Veränderungen.

GEGENWIND: Wann wurde das Frauenhaus gegründet? Wie war die Situation damals?

Fuhlbohm: Die Arbeit im Frauenhaus ist im Februar 1981 aufgenommen worden. Ich bin im Sommer 81 in einer Situation zum Frauenhaus gekommen, als die Geschichte mit der Trägerschaft, Finanzierung etc. bereits geklärt war. Es hatten sich damals sowohl autonome Frauen als auch die Arbeiterwohlfahrt um eine Trägerschaft bemüht. Daß ich meine Arbeit erst aufgenommen habe, als die Trägerschaft geklärt war, war gut, weil ich so bei Punkt Null anfangen konnte. Ich halte es in solcher Arbeit für sehr wichtig, eben mit allen Einrichtungen, Institutionen und Frauengruppen Kontakt zu haben, zu sprechen und für sie offen zu sein. Ich konnte auf alle unbefangen zugehen, und das hat, glaube ich, auch der Arbeit sehr gut getan.

GEGENWIND: Wie hat sich aus deiner Sicht heute die gesellschaftliche Akzeptanz der Institution Frauenhaus entwickelt?

Fuhlbohm: Die Arbeit im Frauenhaus ist ja im Grunde bis heute Brennpunktarbeit. Wir arbeiten in einem Bereich, der mit vielen Tabus umgeben ist. Es gibt nach wie vor in allen gesellschaftlichen Bereichen Frauenverachtung und Frauenfeindlichkeit, mit der wir ständig zu kämpfen haben. Davon abgesehen, denke ich, daß wir in der Öffentlichkeit und in den Einrichtungen der Stadt für eine Akzeptanz unserer Einrichtung gesorgt haben. Wir stellen heute fest, daß Klientinnen, die aus einer anderen Stadt oder aus einem anderen Frauenhaus zu uns kommen, oftmals erstaunt sind, daß ihnen in Behörden und Ämtern in Wilhelmshaven positiv begegnet wird. Die Arbeit im Frauenhaus ist jedoch umrankt von vielen ganz kuriosen Vorstellungen und immer noch ein ganz großes Tabuthema. Die Dimension von Männergewalt gegen Frauen in dieser Gesellschaft ist in der Öffentlichkeit noch nicht annähernd erfaßt.

GEGENWIND: Wer kommt zu euch und welche Frauen werden von euch aufgenommen?

Fuhlbohm: Weil das in der Öffentlichkeit immer noch schwierig ist, Frauenhausarbeit zu vermitteln, geschweige denn zu verankern, sagen wir, daß sich zunächst Frauen und Mädchen in Not- und Problemsituationen jederzeit an uns wenden dürfen. Wir erklären uns für zuständig, wenn es bei diesen Problemen in irgendeiner Weise um Gewalt geht. Dann beraten wir telefonisch oder im persönlichen Kontakt und wir bieten die Aufnahme im Frauenhaus an. Wenn es nicht um Gewalt geht, dann beraten wir die Frauen dahingehend, daß wir ihnen sagen, wer für ihr Problem zuständig ist.

GEGENWIND: Was passiert, wenn eine Frau, die sich aus einer gewalttätigen Beziehung lösen will, bei euch aufgenommen wird?

Fuhlbohm: Eine Mitarbeiterin des Hauses hat jeweils Dienst und ist Ansprechpartnerin für die Bewohnerinnen. Sie ist diejenige, die bei neuaufgenommenen Frauen die Schutzfunktion einnimmt, die ersten notwendigen Versorgungsschritte einleitet und beratend zur Seite steht. Die Bewohnerinnen können und müssen darüber hinaus ihren Alltag weitestgehend eigenständig gestalten.

GEGENWIND: Nun ist das Frauenhaus ja keine Dauerlösung für mißhandelte Frauen. Wie sieht die weitere Entwicklung aus?

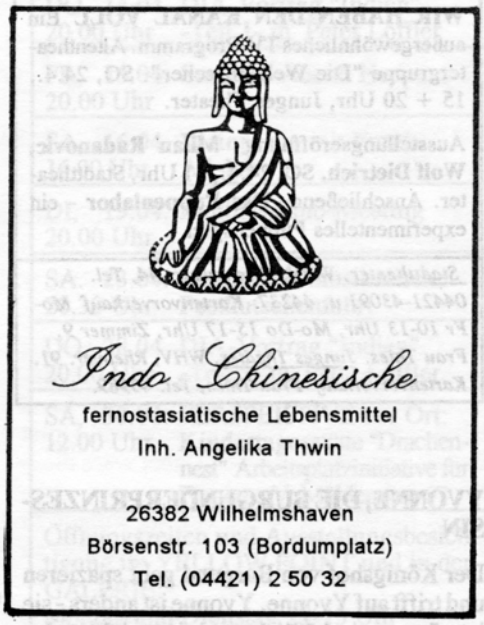
Fuhlbohm: Natürlich ist das Frauenhaus für die aufgenommenen Frauen als eine Übergangslösung gedacht und auch entsprechend ausgerichtet und ausgestattet. Frauen, die mit Gewalterfahrung zu uns kommen, sollen erst einmal zur Ruhe kommen. Den Frauen soll Zeit gegeben werden, sich zu überlegen, wie ihr weiterer Lebensweg verlaufen soll. Im günstigsten Fall - der auch die Regel ist - bestimmen die Frauen selber, wann sie das Frauenhaus wieder verlassen. Dies tritt dann ein, wenn die Frauen nach einer Zeit, in der sie Schutz, Zuwendung, Beratung und Betreuung erfahren haben, sich freier und gestärkter fühlen und wieder den Wunsch nach eigenen vier Wänden entwickeln.

GEGENWIND: Hat die Tatsache, daß Wohnraum knapper geworden ist, Auswirkungen auf die Aufenthaltsdauer und auf die Betreuung der Frauen, die zu euch kommen?

Fuhlbohm: In Ballungsgebieten der BRD führen Frauenhäuser unfreiwillig zu Langzeitaufenthalten. Im schlimmsten Fall müssen dann aus Platzmangel Frauen, die um Aufnahme nachfragen, abgewiesen werden. Diese Situation ist zum Glück in Wilhelmshaven noch nicht eingetreten. D.h., daß die Fluktuation funktioniert. Bislang konnten Frauen aus dem Frauenhaus noch in einem angemessenen Zeitraum Wohnungen finden. Allerdings haben bestimmte Frauen, z. B. Ausländerinnen und Frauen mit mehreren Kindern, erhebliche Probleme, geeigneten Wohnraum zu finden.

GEGENWIND: In welchem Umfang wird das Frauenhaus frequentiert?

Fuhlbohm: Pro Jahr wohnen ca. 200 Frauen und Kinder bei uns. Diese Zahl ist seit 13 Jahren relativ konstant. Die Gewalt gegen Frauen ist mit Sicherheit nicht im Sinken begriffen. Aufgrund der verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen, die wir gerade auch in dieser Region zu verzeichnen haben, muß ich die Mutmaßung anstellen, daß je schlechter es gerade auch Frauen geht, sie nicht etwa sagen, es kann jetzt nicht schlimmer kommen, sondern im Gegenteil, an dem wenigen was sie haben, festhalten. Ich vermute, daß Frauen durch die verschlechterte gesellschaftliche Situation unbeweglicher werden und nicht so schnell ihr Zuhause verlassen. Aus Angst davor, im Anschluß an die Trennung vom Partner und nach dem Frauenhausaufenthalt keine Wohnung und keine berufliche Existenzgrundlage zu finden.



GEGENWIND: D. h., daß die Gewalt gegen Frauen deines Erachtens eher zunimmt, gleichzeitig die gesellschaftlichen Bedingungen es den Frauen erschweren, sich aus ihren Zwängen zu lösen?

Fuhlbohm: Ja, zwar läßt sich diese Entwicklung nicht mit Zahlen belegen, aber ich glaube, daß es für Frauen in dieser Region schwieriger geworden ist. Gesellschaftlich gesehen, ist das Thema Gewalt an Frauen nach wie vor ein Tabu. Es gibt noch immer falsche Vorstellungen bezüglich Gewalt gegen Frauen.

Häufig wird Gewalt an Frauen reduziert gesehen auf eine Sequenz, wo ein betrunkener Ehemann plötzlich auf eine Frau einschlägt. Was aber nicht wahrgenommen und gesehen wird, ist, daß sich diese Gewaltgeschichten häufig über viele Jahre und Jahrzehnte hinziehen. D. h., wir leben in einer Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen nur in einem kleinen Ausschnitt wahrgenommen wird. Es wird nicht gesehen, daß diese Frauen in unserer Gesellschaft keine Unterstützung bekommen, sondern im Gegenteil die Täter indirekt unterstützt werden. Beispielsweise werden Frauen von Ärzten und Therapeuten zum Teil moralisch unter Druck gesetzt, wenn sie ihre Männer verlassen wollen. Sie werden dahingehend beraten und beeinflußt, ihren gewalttätigen Partner nicht "im Stich zu lassen". Die wirkliche Dimension der Gewalt ist nicht im Bewußtsein der Menschen verankert. Joachim Lempert vom Hamburger Projekt "Männer gegen Männergewalt" hat sinngemäß gesagt: "Wir wissen, daß es in jeder dritten Beziehung zumindest einmalig zu Gewalt kommt. Gewalt gegen Frauen ist also nicht die Ausnahme, sondern der Normalzustand".

GEGENWIND: Du hast Frauenhausarbeit auch immer als politische Arbeit verstanden. Eine Kritik an den bestehenden Verhältnissen lautet: "Die Frau muß flüchten - aber der Mann kann bleiben".

Fuhlbohm: Im großen und ganzen hat sich an dieser Tatsache nichts geändert. Seit der neuen deutschen Frauenbewegung setzen sich engagierte Frauen für Frauen ein, die Opfer von Gewalt geworden sind. Daraus sind Institutionen wie Frauenschutzhäuser, Notrufe für vergewaltigte Frauen, Frauenberatungsstellen etc. entstanden. Wir Frauen mußten in diesen Bereichen erstmal Erfahrungen sammeln. Während dieser Erfahrungen tauchte die Frage auf, warum muß eigentlich die Frau flüchten, beengt mit ihren Kindern im Frauenhaus wohnen? Es hängt sicherlich auch damit zusammen, daß Gewalt an Frauen in der Öffentlichkeit kurioserweise immer noch als ein Frauenthema gehandelt wird. Der Verursacher wird bei dieser Blickrichtung ausgespart. Das, was Frauen derzeit machen können, ist sich selber schützen. Um den Mann, d. h. den Verursacher, kümmert sich keiner, dem passiert ganz wenig bis nichts. Das hat uns veranlaßt, uns mehr mit dem Thema "Männergewalt" zu beschäftigen, d. h. täterzentriert zu gucken. Wir haben uns z. B. mit dem DAIP-Projekt, das aus den USA kommt, beschäftigt. Dort werden gewalttätige Männer viel eher inhaftiert, und sie müssen dann an einem Antigewalttraining teilnehmen.

GEGENWIND: Aus diesen Überlegungen ist dann das Projekt "Wir alle helfen Männergewalt gegen Frauen zu bekämpfen" entstanden?

Fuhlbohm: Ja, wir haben jetzt angefangen, uns ganz global auch mit der Tätersituation zu beschäftigen. Wir haben eine Veranstaltungsreihe zur Männergewalt in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven gemacht und werden jetzt auch eine Dokumentation herausgeben. Das von dir erwähnte Projekt haben der Kripochef Helmut Tietken und ich gemeinsam entwikkelt. Bereits in der ersten Konzeption der AWO-Frauenhäuser steht, daß Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftliches Problem ist, es sich also nicht um persönliche und individuelle Probleme handelt. Wir haben auch festgestellt, daß durch das, was Frauen für Frauen gemacht haben, ja letztendlich gesamtgesellschaftlich sich wenig geändert hat. Männer sind weiterhin gewalttätig. Gesamtgesellschaftlich ist dringend Bewegung in diesem Bereich notwendig.

GEGENWIND: Was heißt das konkret für das derzeitige Projekt?

Fuhlbohm: Wir wissen, daß wir alleine die Gewalt nicht beenden können. Das Projekt, das auf möglichst breiten Füßen stehen soll, soll helfen, Bewegung in diese Thematik zu bringen. Wir wollen nicht nur über Opfer, sondern eben auch über die Täter reden. Es muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, den Täter aus der Wohnung zu entfernen. Es muß eine Situation möglich sein, wo ein Gericht bespielsweise einer Frau mit mehreren Kindern die vormals gemeinsame Wohnung zuspricht. Das Projekt hat zum Ziel, das soziale Netz für Frauen deutlich zu verbessern, Täter zur Verantwortung zu ziehen, langfristig vielleicht auch eine Anlaufstelle für gewalttätige Männer zu schaffen. Wir wollen uns Gedanken machen darüber, was passieren muß, damit es in Zukunft weniger Gewalt gegen Frauen gibt. Es kann nicht länger angehen, daß diese Gesellschaft Gewalt gegen Frauen "Familienstreitigkeiten" nennt. Frauen haben auch deshalb Skrupel, ihre Situation zu verändern, weil Gewalt gegen Frauen in dieser Gesellschaft verzerrt und verharmlosend dargestellt wird.

GEGENWIND: Eine Anlaufstelle für mißhandelnde Männer schaffen - also auch Hilfsangebote für Männer?

Fuhlbohm: Das ist erstmal eine Arbeit, die Männer selber konzipieren und gestalten sollten. Den Männern muß ihr Unrechtsverhalten bewußtgemacht werden. Sie müssen wissen, daß sie für ihr Verhalten belangt werden können. Wenn ein Mann eine Frau zusammenschlägt, kann das nicht als Kavaliersdelikt abgetan werden. Als Sozialpädagogin halte ich es auch für wichtig, daß gewalttätige Männer nicht einfach nur weggeschlossen werden. Denn Knast ist im Grunde das größte Frauenfeindlichkeitstrainingslager. Es ist aber irgendwie grotesk, wenn wir uns in vorderster Front dafür einsetzen, daß Täter Therapien bekommen, wenn gleichzeitig für die Opfer in unserer Gesellschaft schlecht gesorgt wird. Dieses Thema muß verhältnismäßig diskutiert werden. Wenn ich Therapien für Täter einfordere, weil ich ja nicht möchte, daß Männer zu Wiederholungstätern werden, darf ich die Opfer nicht aus den Augen verlieren, die häufig lebenslange Schäden aus den Mißhandlungen davontragen. Für die Opfer muß besser gesorgt werden, sie müssen ernstgenommen werden. Mißhandelte Frauen leiden genauso unter den traumatischen Erfahrungen wie beispielsweise KZ-Opfer oder Opfer von Geiselnehmern. Niemand würde auf die Idee kommen, KZ-Opfer für ihre Situation mitverantwortlich zu machen. Genau das geschieht aber nach wie vor mit mißhandelten Frauen. Natürlich brauchen auch Männer Hilfe. Denn Gewalt auszuüben ist ja kein Akt der Stärke, sondern ein Ausdruck von Schwäche. Ich denke schon, daß es richtig ist, daß sich Männer mit den Tätern beschäftigen und Frauen mit den Opfern. Ich möchte in meiner Arbeit parteilich bei den Opfern bleiben. Mir widerstrebt es, mich in die Täterarbeit zu begeben und ein Verständnis für Täter zu entwickeln. Täterarbeit ist Männerarbeit.

GEGENWIND: Wir danken Dir für das Gespräch.

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr
METROPOL
im Pumpwerk
Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV. An der Deichbrücke. Tel. 04421-43660

ZUM THEMA AIDS GIBT ES
KEINE DUMMEN FRAGEN,
HÖCHSTENS DUMME
ANTWORTEN.
ABER NICHT BEI UNS!

Bremer Str.139
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 21149 (Büro)
19411 (Beratung)
Öffnungszeiten
Montag bis Freitag 10°° - 16°° Uhr

Leserbriefe

ZU "AUSGETRICKST", GEGENWIND NR. 119

Als langjähriges Mitglied des Jugendhilfe (früher Jugendwohlfahrts-)ausschusses und ehemaliger Vorsitzender des Stadtjugendringes habe ich den Artikel "Ausgetrickst" im letzten Gegenwind mit besonderem Interesse zur Kenntnis genommen.

Meines Erachtens sind die jetzigen Ereignisse eine Spätfolge der Auflösung des Stadtjugendringes (SJR) im Jahr 1991. Bis dahin hatte dieser das Recht, die Vorschläge für die Besetzung der Sitze der Jugendverbände im Jugendhilfeausschuß zu machen. Nach der Auflösung mußten die Vorschläge durch die einzelnen Verbände gemacht werden, die natürlich leichter auszutricksen sind als eine aktive, gemeinsame Vertretung. Gäbe es noch eine solche, wäre es zumindest mit der im Gegenwind dargestellten Begründung des Jugendamtes kaum möglich gewesen, Jugend verbandsvertreter aus dem Ausschuß herauszudrängen.

Leider war es 1991 auch den Verbänden, die jetzt ihre Betroffenheit über diese Trickserei äußern, nicht möglich, Wesentliches zum Erhalt des Stadtjugendringes beizutragen oder mit Hilfe eines neuen Konzeptes wenigstens die Plattform für eine gemeinsame Interessenvertretung zu erhalten. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß gerade ein Streit um die Besetzung der Sitze im Jugendhilfeausschuß, in den auch Dieter Meisel (der diesem Gremium damals als Vertreter des SJR und nicht der DGB-Jugend angehörte) involviert war, das Scheitern des letzten SJR-Vorstandes herbeiführte. Damals hat übrigens auch der Gegenwind eine m.E. sehr unrühmliche Rolle gespielt, weil dieser mit einer sehr negativen und einseitigen Berichterstattung denjenigen, die ernsthaft versuchten, den SJR zu erhalten, Knüppel zwischen die Beine geworfen und diesen Streit geschürt hat. Damit lieferte er einige der letzten Nägel zum Sarg des Stadtjugendringes.

Lassen wir die Vergangenheitsbewältigung. Die geschilderten Ereignisse lassen aus meiner Sicht nur einen Schluß zu: Wenn es in Wilhelmshaven tatsächlich noch oder wieder engagierte Jugendverbände gibt, die sich in Jugendpolitik einmischen wollen, dann sollten diese schnellstens wieder Möglichkeiten einer Zusammenarbeit suchen. Wie man eine solche Zusammenarbeit organisiert, ist zweitrangig. Wichtig ist jedoch, daß nur Verbände, die ihre Interessen gemeinsam vertreten, nicht so leicht ausmanövriert werden können

Dieter Tiesfeld, Mitglied des JWA/JHA von 1981 - 1991 Vorsitzender des SJR von 1986 - 1990

GEGENDARSTELLUNG

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in ihrem Publikationsorgan nachfolgende Zeilen veröffentlichen könnte, über die ich mich tatsächlich entschuldigen möchte.

Gegendarstellung in eigener Sache:
Der GEGENWIND druckte in Nr. 118, Dez. 1993, meinen Leserbrief zum Streit um das Wilhelm-I.-Denkmal ab. Der Satz "Klammheimlich wollten Fraktionschef Bergner und Wilhelmshavens Schinkel, Dr. Sommer, die Denkmalsaufstellung durchziehen" weist Fehler auf, die ich bedauere und hiermit korrigieren möchte:
1) "klammheimlich" ersetze ich durch "ohne öffentliche Diskussion"
2) "wollten" ers. d. "schien zu wollen"
3) "und Wilhelmshavens Schinkel" entfällt, da die Stadt keinen besitzt
4) ", Dr. Sommer," entfällt, da ein Dienststellenleiter keine politische Verantwortung trägt Wahr ist also: "Ohne öffentliche Diskussion schien Fraktionschef Bergner die Denkmalsaufstellung durchziehen zu wollen."
Mit freundlichen Grüßen Ihr
Hartmut Peters

P.S.: Wie sagte doch Tucholsky 1919: "Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt übel." Meine Polemiken sind recht seicht, dennoch habe ich beim Abfassen dieser Autoreplik gemerkt, wie schwer es fällt, in WHV, der Stadt des Kleinkunstpreises, keine Satire zu schreiben, um Erich Kästner abzuwandeln. Für meine Leistung verleihe ich mir den Wilhelm-I.-Orden in Schokolade.

Umzugswagen mietet man bei
Autovermietung Hinrichs

Gökerstr. 90
im Zeppelin Reiseladen

Tel. 3 44 44 und 3 41 78

NESTBESCHMUTZER

Durch Zufall ist uns die Zeitung Gegenwind in die Hände geraten und wir haben uns die Mühe gemacht, dieses "Blättchen" zu lesen. Es ist geradezu erschütternd, wie verlogen, ehrverletzend, dreist und letztlich dümmlich dieses Blatt gestaltet ist. Es wundert uns auch nicht, daß der Vorsitzende des DGB Kr. WHV Manfred Klöpper in Ihrer miesen Ausgabe glorifiziert wird. Dieser widerliche Zeitgenosse sollte sich besser aus dem Totengräbergeschäft der Gewerkschaften zurückziehen und diese schöne und lebenswerte Stadt Wilhelmshaven verlassen.
Wir schließen ab und sagen nur diesen drekkigen Verein muß man verbieten und seine Mitglieder umerziehen.
Aktionsgemeinschaft gegen Nestbeschmutzer

Metzer Straße 6b
26121 Oldenburg
Tel 0441 - 85051
Fax 0441 - 88057

Niederhörne 8
26931 Elsfleth
Tel 04483 - 1348
Fax 04483 - 531

PLANET
Planungsgruppe
Energie und Technik (GbR)

Energieeinsparberatung für Wohn-, Gewerbe- und Verwaltungsgebäude
- Gebäude-Wärmeschutz
- Heizungstechnik
- Elektrische Anlagen und Beleuchtung

Diese Beratungen werden gefördert.*

Windenergie
- Standortauswertung
- Jahresenergieproduktion für Einzelanlagen und Parks
- Schall-Immissionsprognosen

Planungsarbeiten für
- Niedrigenergiebauweise
- effiziente Heizungstechnik
- Blockheizkraftwerke
- thermische und elektrische Solaranlagen
- Projektumsetzung

Bewertung von
- Emissionsbilanzen
- Wirtschaftlichkeitsanalysen unter Berücksichtigung von Förderprogrammen*

*Wir sind bei der Bearbeitung von Förderanträgen behilflich.

VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT VIELE KULTUREN
Dem Hass keine Chance Dem Hass k

Metzer Grill
Imbiß-Service
Ebertstraße 154 · Tel. 20 36 36
Anruf genügt – und Ihr Essen kommt heiß verpackt ins Haus!!!
Für die Mindestbestellung von 10.- DM berechnen wir als Zustellgebühr:
Bis 4 km 2,- DM
bei größeren Entfernungen 4,- DM
AB 25.- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS
AB 25.- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS
Fehlt zum Kochen Dir die Zeit der METZER GRILL ist stets bereit

WOHIN MIT DEM ÖL?

NIEDERSÄCHSISCHE UMWELTSCHÜTZER SCHLAGEN ALTERNATIVEN VOR

(hk) Ein Tankerunfall in den Küstengewässern hätte zur Folge, daß sich das auslaufende Öl auf den Wattflächen ablagert. Dieses Öl-Sand-Schlamm-Gemisch müßte dann mit geeignetem Gerät (in erster Linie Eimer und Schaufel) abgetragen und irgendwo gelagert werden. Aber wo?

1956 wurde in Wilhelmshaven der Ölhafen gebaut. Seitdem schieben die Behörden dieses Problem vor sich her. Kurz vor Weihnachten letzten Jahres hat die Stadt Wilhelmshaven nun einen Antrag auf "Herstellung eines Zwischenlagers für Reststoffe aus Gefahrenabwehrmaßnahmen (Ölschlamm)" gestellt. Entstehen soll die Ölschlammdeponie auf dem Areal zwischen Friesendamm, verlängerter Posener Straße und Niedersachsendamm. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) hat dem Bauordnungsamt der Stadt Anfang März eine erste Stellungnahme zugestellt. Der LBU stellt darin u.a. die Frage, wie es angehen kann, daß das erste der drei beantragten Becken bereits fertiggestellt wurde, ohne daß dafür eine rechtliche Grundlage vorhanden war.

Foto: Tunnat

SCHADSTOFFE

Der LBU kann sich auch mit der Lage der Ölschlammdeponie nicht anfreunden: 340 Meter von der Wohnbebauung Voslapps, 230 Meter von Campingplatz Geniusbank, 140 Meter vom Autobahnzubringer Niedersachsendamm "über welchen u.a. gefährliche Güter (z.B. Munition) transportiert werden". Der LBU befürchtet, daß von der Deponie große Mengen von Schadstoffen in die Atmosphäre gelangen und stellt die Frage, ob diese "Schadstoffkonzentrationen für die Nachbarschaft unbedenklich" sind. Der LBU stellt dann weiter die Frage, ob "die Möglichkeit der Entstehung einer Kohlenwasserstoffkonzentration in der Luft, die den Flammpunkt erreicht, ausgeschlossen werden kann" und welche Vorkehrungen eingeplant sind, "um eine Explosions- bzw. Feuer- und Giftgaskatastrophe zu vermeiden?"

ALTERNATIVVORSCHLÄGE

Der LBU bestreitet nicht die Notwendigkeit der Vorhaltung von Lagerkapazitäten für Ölschlämme - im Gegenteil: Seit vielen Jahren bemängeln die Umweltschutzgruppen das Nichtvorhandensein solcher Kapazitäten. Und der LBU hat auch Lagerungsmöglichkeiten ohne die oben beschriebenen Gefahren entdeckt: "Der geplante Standort liegt fast mitten zwischen drei riesigen Öllagern! 2,5 km nördlich ist das Tanklager der Beta-Raffinerie gelegen, in welchem jährlich 8 Millionen Tonnen Rohöl zwischengelagert werden; 2,5 km südlich befindet sich das Tanklager der Nordwestdeutschen Ölleitungsgesellschaft (NWO), durch die zur Zeit gar 15 Millionen Tonnen Rohöl pro Jahr geschleust werden und 3 km westlich die Ölkavernen der Nord-West-Kavernengesellschaft (NWKG), die über 59 Ölkavernen mit einem Füllvolumen von 10,5 Millionen Kubikmetern verfügt. (...) Tanklager und Ölkavernen könnten zweifelsfrei die menschen- und umweltfreundlichsten Standorte für die Zwischenlagerung des Ölschlamms sein."

ABENTEUER & FREIZEIT

RELU
Fensterreinigung
preiswert auch im Umland
☎ (0 44 21) 70 13 76

NATURATA
Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren
Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren
Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

MAßGESCHNEIDERT

WAS MACHT HOLGER ANSMANN JETZT?

(noa) Wir kennen Holger Ansmann als Olympia-Betriebsratsvorsitzenden, der seine Kolleginnen und Kollegen im Kampf um den Produktionsstandort Roffhausen angeführt und immer wieder motiviert hat. Bis zum 31.12.93 war er bei der AEG Olympia beschäftigt.

Jahrelang hat der GEGENWIND die Entwicklung bei AEG Olympia verfolgt und darüber berichtet und in diesem Zusammenhang immer wieder auch mit Holger Ansmann gesprochen. In seiner neuen Funktion - seit 1. Januar ist er Angestellter bei der IPA - trafen wir ihn an gewohnter Stelle, im Olympia-Betriebsratsbüro - gerade noch, denn sein Umzug ins neue Büro ist im Gange.

Genaugenommen setzt er seine Tätigkeit aus den letzten Monaten seiner Olympia-Betriebszugehörigkeit fort: Er versucht, Arbeitsplätze in Roffhausen zu retten, zu sichern, zu schaffen.

Die Investment Promotion Agency ist die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Sitz in Hannover. Sie sucht weltweit nach Investoren für Niedersachsen. Ansmann ist von der IPA nach Roffhausen ins Technologie Centrum Nordwest (TCN) abgeordnet, um zum einen Investoren dafür zu gewinnen, in den alten Olympia-Hallen Arbeitsplätze zu schaffen, zum anderen um für diese Firmen Kunden zu finden. Er versteht sich dabei als Verbindungsmann zwischen den TCN-Betrieben und der Landesregierung, aber auch als Koordinator zwischen den Betrieben.

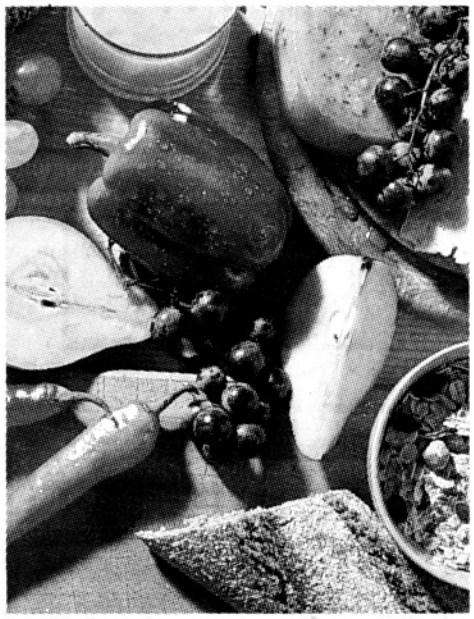
Gerüchte und Berichte, nach denen die von der IPA gegründete Marketing-Gesellschaft die Wirtschaftsförderung für die gesamte Region betreiben soll (es wird verbreitet, daß der Vertrag mit der Agentur TIC nicht verlängert wird und Ansmann deren Aufgaben übernehmen soll) weist Ansmann zurück: "Wie soll eine Gesellschaft, die vor Ort mit einem ehrenamtlich tätigen Geschäftsführer, einem Angestellten und einer Sekretärin vertreten ist, eine regionale Wirtschaftsförderung machen?" Seine Aufgabe beschränkt sich aufs TCN.

Dort geht Holger Ansmann ein und aus wie früher als Betriebsratsvorsitzender. Er nimmt teil am Industrieclub der Geschäftsleiter des TCN, das nicht nur eine Ansammlung von Unternehmen sein will, sondern tatsächlich ein Zentrum.

Gegenwärtig gibt es dort 23 Firmen mit zusammen 1124 Beschäftigten. Ca. 160 davon gehören zur AEG Olympia, die jedoch eines Tages keine Beschäftigten in Roffhausen mehr haben soll und nur noch die Betriebsrentner verwalten soll.

Unter den 23 Firmen sind vier, die von ehemaligen Olympianern geleitet werden; die anderen Firmen sind von außerhalb nach Roffhausen gekommen. Eine davon stellen wir auf dieser Seite vor.

Esthetik von



JONATHAN

Naturkostladen
Marktstr. 86
Tel.04421/13438

RELU
Fensterreinigung
preiswert auch im Umland
☎ (0 44 21) 70 13 76

MECKERKASTEN STATT BETRIEBSRAT

HAT EINE NEUE ZEIT BEGONNEN?

(noa) Sie kennen doch bestimmt die Fernsehwerbung, bei der Sie abends gegen 22.40 Uhr aufgefordert werden, jetzt anzurufen und den Bauchtrainer, das Blumenaquarium oder die Küchenmaschine zu bestellen?

Vielleicht haben Sie sich schon einmal gefragt, wie ein Unternehmen, das seine Produkte im "Teleshop" anbietet, die Flut der Anrufe bewältigt. Das macht der Bauchtraineranbieter aber gar nicht selber. Wenn Sie die angegebene Nummer anwählen, sind Sie vielleicht mit der Firma "Telcare" im TCN verbunden.

Telemarketing heißt das Zauberwort, und dahinter verbirgt sich eine der Olympia-Hallen, frisch renoviert, hell und freundlich gestaltet, mit großzügig angelegten Nischen, die je mit Telefonanschluß und PC ausgestattet sind. Ihr Anruf wg. Blumenaquarium o.ä. wird hierhin umgeleitet, und Sie bestellen bei einer der (gegenwärtig noch) 30 Frauen, die hier eine Teilzeitbeschäftigung als "Kontakterin" gefunden haben.

Holger Ansmann spricht von der Firma Telcare als einem interessanten und zukunftsträchtigen Projekt auf dem Gebiet der Teilzeitbeschäftigung, und Herr Klawitter, mit dem er uns zusammenführte, träumt davon, daß eines nicht allzu fernes Tages der Parkplatz, auf den er aus seinem Fenster blicken kann, wieder voller Autos steht. Wenn erst genügend Kunden sich des Angebots von Telcare bedienen, dann werden 200 Frauen rund um die Uhr die Telefone bedienen.

Für die Beschäftigten heißt das, flexibel sein zu müssen. Je nach Kundenwunsch klingeln die Telefone mal besonders heftig am Abend oder am Wochenende; je nach Auftrag bestellen die Gruppenleiterinnen ihre Kontakterinnen mal tagsüber, mal abends, mal unter der Woche, mal am Wochenende an den Arbeitsplatz.

Und da soll es, wie wir gehört haben, Unzufriedenheit und Ärger gegeben haben. Z.B. wurden Frauen, deren Arbeitsverträge Anwesenheitszeiten von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr vorsehen, auch am Wochenende herzitiert - leider weiß niemand es genau, weil die Telcare-Mitarbeiterinnen sich nicht trauen, etwas zu sagen (so hören wir von Freunden und Angehörigen der Frauen) oder weil sie in Wirklichkeit zufrieden sind (so erklärt das Herr Klawitter).

Auch daß Frauen, die sich gegen die Reduzierung des Jahresurlaubs von 28 auf 24 Tage gewehrt haben, mit fristloser Entlassung bedroht worden sein sollen, mochte niemand sicher bestätigen. Herr Klawitter räumt allerdings ein, daß die ursprünglichen Arbeitsverträge mit den 28 Urlaubstagen in den Anfangswirren ausgegeben worden sind und dies jetzt "korrigiert" wurde - die Frage: "Was ist denn gesetzlich vorgesehen?" läßt

befürchten, daß auch eine Verringerung des Urlaubsanspruchs auf 18 Tage nicht auszuschließen ist.

Auf den Teamsitzungen könne jedenfalls jede sagen, was ihr nicht passe, und außerdem habe man einen Meckerkasten für die, die anonym Unmut äußern wollen - auf die Frage nach einem Betriebsrat reagierte Herr Klawitter so, als habe er das Wort noch nie gehört.

KOMMENTAR

Als im Hauptberuf kirchliche Mitarbeiterin kenne ich den sogenannten "3. Weg": Nicht das Modell aus den Anfangszeiten des Kapitalismus, wo der Unternehmer befiehlt und die Lohnabhängigen gehorchen ("1. Weg"), auch nicht Klassenkampf, Betriebsverfassungsgesetz, Tarifverhandlungen und Gewerkschaftsmacht ("2. Weg"), sondern Dienstgeber und Dienstnehmer in friedlicher Runde, die die Arbeits- und sonstigen Bedingungen verhandeln und beschließen. Mit Lohnabhängigen, die selbstsicher und auf gleicher Ebene mit ihren Chefs verhandeln können, mag das vielleicht ein Weg sein, auf dem alle Bedürfnisse erfüllt und alle Beteiligten zufriedengestellt werden können.

In einer Region mit Rekordarbeitslosenquote halte ich es für illusorisch, daß der Meckerkasten den Betriebsrat und Goodwill den Tarifvertrag ersetzen. Diejenigen, die überhaupt das Glück haben, einen Arbeitsplatz zu ergattern, halten im Betrieb den Mund, wenn ihnen etwas nicht paßt, und meckern zu Hause.

Daß Menschen, die in so einem Betrieb, in dem der Chef nicht autoritär die Schichten einteilt, sondern die Mitarbeiterinnen auf der Teamsitzung sich einigen, wer wann was macht, "so zufrieden sind, daß sie auch in ihrem Privatleben weniger Probleme haben" (Klawitter), kann ich nicht bestätigen! Mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust im Nacken wird dieser 3. Weg blitzschnell wieder zum 1. Weg. Das Hartolit-Beispiel (siehe Meldung "Schnupperkurse") zeigt, wohin es geht, wenn wir nicht aufpassen.

Anette Nowak

"SCHNUPPERKURSE"

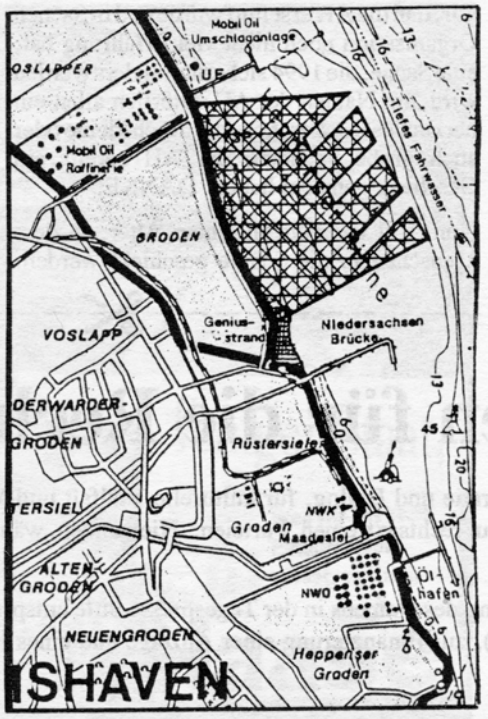
bei Hartolit im TCN bot das Arbeitsamt an. Das lief dann so: Ein Schwung Arbeitsloser bekam die Möglichkeit, sich den Betrieb 14 Tage lang unverbindlich anzuschauen und dann zu entscheiden, ob das der künftige Arbeitsplatz ist. Nach einer Stunde des Anschauens wurden die Arbeitslosen in die Produktion gesteckt und nach 14 Tagen wieder nach Hause geschickt mit dem Bescheid: "Wenn wir mal einen Arbeitsplatz anbieten können, kommen wir eventuell auf Sie zurück." (noa)

GENIUSSTRAND ADE!

WHV LEGT EXPERTISE ZUM JADEPORT VOR

(hk) Was erst noch wie eine Vision nach dem Genuß einer Flasche Oude Genever aussah, wird von Wilhelmshavens Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV) nun doch ernsthaft verfolgt: Der Bau des Jadeports.

Die WHV legte vor einigen Wochen eine Expertise zu diesem Projekt vor und verteilte sie an einige wenige ausgesuchte Leute. Der Bitte des GEGENWIND auf Überlassung des Papiers mochte WHV-Geschäftsführer Weide nicht entsprechen. Man wolle nicht, so Weide, daß dieses Projekt schon vorher in der Presse zerredet wird. Ohne Druck von außen sollen Fachbehörden den Vorschlag prüfen können. Wenn der Jadeportplan schon Eingang in die Behörden genommen hat, ist es höchste Zeit, daß auch wir uns damit befassen - auch ohne Expertise.



Die Idee des Jadeports stammt vom umtriebigen Beta-Boß Johan Anton van Weelden, als gebürtiger Holländer wird er sich ja wohl mit solchen Themen auskennen. Van Weeldens Planung sieht vor, zwischen der Beta- und der Niedersachsenbrücke ein ca. 550 Hektar großes Gelände aufzuspülen und als Hafen herzurichten (siehe Zeichnung). Der Bau eines solchen Bollwerks in die Jade hinein ist mit vielen Unbekannten verbunden:

1.) Welche Folgen hat die Veränderung der Strömungsgeschwindigkeit der Jade? Der Jadeport bedeutet zweifelsohne den größten hydrographischen Eingriff, den die Jade bisher erlebt hat.

2.) Kommt es zu großen Sandablagerungen im Bereich der Beta-Brücke (Liegewannen), die wieder zusätzliche Unterhaltsbaggerungen zur Folge haben?

3.) Das gilt genauso für die südlich vom geplanten Jadeport gelegene Niedersachsenbrücke.

4.) Wird der Geniusstrand die nächste Saison nach Bau des Jadeports noch erleben? Wohl kaum!

5.) Sicherheitsprobleme entstehen durch die bis ans tiefe Fahrwasser heranreichenden Hafenbecken. Die Kollisionswahrscheinlichkeit mit zur Ölpier fahrenden Tankschiffen und im Fahrwasserbereich drehenden Schiffen, würde um ein Vielfaches ansteigen.

Das Bestechende an der Idee ist, daß dadurch das Problem der Sandverklappung durch die Unterhaltsbaggerei der Jade gelöst werden könnte. Statt irgendwo zwischen Wangerooge und Helgoland die Klappen aufzumachen, könnten die Bagger den Sand auf das beschriebene Areal pumpen. Doch für den ausgebaggerten Sand gibt es andere Verwendungsmöglichkeiten. Statt tiefe Löcher im Jadebusen durch die Sandentnahme für den Deichbau zu spülen, könnte das Baggergut hierfür vernünftig eingesetzt werden. Die wirtschaftlichen Chancen des Hafens haben wir im GEGENWIND 119 recht ausführlich diskutiert und kommentiert, so daß wir an dieser Stelle darauf verzichten können.

AIDS-HILFE E.V. 1994

"Herzlichen Glückwunsch - nachträglich, so hörte es die Wilhelmshavener Aids-Hilfe e.V. (AH) in letzter Zeit von allen Seiten. Am 1. Dezember 1993 war nämlich nicht nur Welt-Aids-Tag, sondern an diesem Tag feierte die AH auch ihren fünften Geburtstag. Fünf Jahre - noch keine Zeit für einen stolzen und ausführlichen Rückblick, aber doch Zeit, um schöne Geschenke von Freunden entgegen zu nehmen. Die Geschenke und Glückwünsche sind allerdings nicht typisch für einen fünften Geburtstag, sondern ganz anderer Natur: Die AH bekam von ihrer eigenen Selbsthilfegruppe für Schwule und Lesben einen Gutschein geschenkt, einen Gutschein für eine "Schwule Woche 1994". Nicht ganz uneigennützig, aber doch kreativ. Einzulösen in der Zeit vom 23. bis 28. Mai 1994 in Form unterschiedlicher Vorträge, Diskussionen, Work Shops und Aktionen. Im Namen der AH: Vielen herzlichen Dank!

Die Perspektive schenkte der AH die ausdrücklich erwünschte Möglichkeit, zur aktiven Mitarbeit am "Jahr der Minderheiten" unter dem Motto "...nicht gesellschaftsfähig". Dieses Geschenk nicht zuletzt, weil die AH schließlich zwei nicht gesellschaftsfähige Minderheiten in Form von Selbsthilfegruppen unterhält. Zum einen die schon erwähnte Schwulen- und Lesbengruppe und zum anderen die Junkies, Ehemalige und Substituierte-Gruppe (JES), die eben diesen Menschen eine gute Anlaufstelle bietet. Beide Gruppen sind sicherlich aufgefordert, sich aktiv an dieser Veranstaltungsreihe der Perspektive durch das Jahr 1994 hindurch zu beteiligen. Im Namen der AH: Vielen Dank an das Perspektive-Team!

Auch das Kulturzentrum Pumpwerk und das Musikzentrum Kling Klang haben ähnliche Geschenke 1994 angekündigt. Auch ihnen gilt der Dank der AH, schon jetzt!

Und angefangen hat das Jahr 1994 für die AH eigentlich schon am 1. Dezember 1993. Die Geburtstagsfete der AH im Pumpwerk war ein großer Erfolg. Spritzig, informativ, unterhaltsam und feuchtfröhlich waren die Aktivitäten. Ob Vorträge über Aids, Grußworte, Theateraufführung oder Musik, alles zusammen brachte die nötige Würze. Schade nur, daß die AH erst fünf wurde und in Sachen Organisation noch nicht viel Erfahrung hat; eine Sache, die 1994 sicherlich anders werden wird. Im Namen der AH natürlich allen ein herzliches Dankeschön, die durch kleine oder auch große Spenden, der AH bereits ein Geschenk gemacht haben. DANKE!

Nun sind wir bald in einem Alter, in dem Menschen in die Schule geschickt werden. Wir brauchen das hoffentlich nicht mehr, aber wir sind jedem dankbar, der mithelfen möchte - durch ehrenamtliche Mitarbeit - die Wilhelmshavener Aids-Hilfe als noch attraktiveren Ort zu gestalten, für HIV-Infizierte, AIDS-Kranke, Angehörige, Risikogruppen, Freunde und andere Interessierte.

Für 1994 haben wir uns viel vorgenommen!

Alexander Fillbrandt, Wilhelmshavener Aids-Hilfe e.V. Bremerstr. 139, Tel.: 26382

Anzeige

Wilhelmshaven setzt Zeichen

Keine Stimmen für die Rechten

Im Wahljahr 1994 stimmen wir für Demokratie und Dialog, für kulturelle Vielfalt und Völkerverständigung, in einem Weltoffenen Deutschland! Mitmachen, "Nein" sagen zu rechtsextremen Parteien. Niemanden wählen, der nationalistische, rassistische oder ausländerfeindliche Meinungen vertritt!

Bei Einverständnis mit einer Veröffentlichung des Namens in der Tagespresse bitte entsprechend ankreuzen. Eine Spende von 5,- DM oder mehr (SchülerInnen etc. auch weniger), zur Finanzierung einer Anzeige und eines Plakates, wird dankbar entgegengenommen. Betrag bitte eintragen.

Name, Vorname	Adresse	Anzeige ja!	Spende	Unterschrift

Ausgefüllte Listen und Spendenbeträge bitte an: DGB-Kreis Wilhelmshaven (PLZ 26382), Kieler Straße 63